

Regierungsratsbeschluss

vom 22. November 2016

Nr. 2016/2034

**Vernehmlassung zur Klimapolitik der Schweiz nach 2020: Klimaübereinkommen von Paris, Abkommen mit der Europäischen Union über die Verknüpfung der beiden Emissionshandelssysteme, Totalrevision des CO₂-Gesetzes
Schreiben an das Eidg. Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK), Bern**

1. Erwägungen

Mit Schreiben vom 1. September 2016 gelangt das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK an die Kantonsregierung und ersucht sie um Stellungnahme zur Klimapolitik der Schweiz nach 2020. Darin geht es um drei eng miteinander verknüpfte Geschäfte, nämlich um

- Klimaübereinkommen von Paris
- Abkommen mit der Europäischen Union über die Verknüpfung der beiden Emissionshandelssysteme
- Totalrevision des CO₂-Gesetzes für die Zeit nach 2020.

Im Rahmen eines verwaltungsinternen Vernehmlassungsverfahrens haben sich das Volkswirtschaftsdepartement (VWD), die Motorfahrzeugkontrolle (MFK) und das Amt für Umwelt (AfU) zur Klimapolitik der Schweiz nach 2020 geäußert. An der Sitzung vom 31. Oktober 2016 mit Vertretern des VWD, der MFK und des AfU wurde die Stossrichtung der Stellungnahme diskutiert. Dabei ergaben sich keine divergierenden Meinungen.

2. Beschluss

Auf Antrag des Bau- und Justizdepartementes wird die Stellungnahme zur Klimapolitik 2020 beschlossen.



Andreas Eng
Staatsschreiber

Beilage

Schreiben an das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) vom 22. November 2016

Verteiler

Bau- und Justizdepartement
Amt für Umwelt (Wü, mh) (2)
Volkswirtschaftsdepartement
Motorfahrzeugkontrolle
Medien (jae)